

KANTON

Hingerichtet mit schlechtem Gebiss

Einer der um 1700 in Feldbrunnen geköpften Männer war Pfeifenraucher und litt an entzündetem Zahnfleisch.

Seite 14



Gemeinden verweigern Beteiligung an Sanierung

Pensionskasse Kanton soll die Deckungslücke selber ausfinanzieren – fordern Vertreter der grossen Gemeindeverbände

VON ELISABETH SEIFERT

Die verbandsinternen Geschäfte waren an der gestrigen Jahresversammlung der Gemeindebeamten des Kantons Solothurn (VGS) schnell abgehandelt. Mit Spannung erwarteten die rund 120 anwesenden Gemeindevertreter zwei Referate zu den regierungsrätlichen Sanierungsvorschlägen der kantonalen Pensionskasse. Mit Gaston Barth, Vorstandsvertreter des VGS, sowie Ulrich Bucher, Geschäftsführer des Verbandes der Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG), erörterten aber bereits gestern zwei prominente Vertreter der Gemeinden ihre – kritische – Haltung zum Gesetzesentwurf der Regierung.

Zustimmung zur Stossrichtung

Die Kritik der Verbände fokussiert auf den Anteil, den die Gemeinden zur Finanzierung der Deckungslücke beitragen sollen. Die Stossrichtung der Reform hingegen findet in beiden Verbänden Zustimmung. «Es ist sinnvoll, dass der Regierungsrat die Pensionskasse zu 100 Prozent ausfinanzieren will», betonte VGS-Vertreter Gaston Barth. Durch die neue Bundesgesetzgebung gefordert wäre lediglich eine Teilkapitalisierung zu 80 Prozent. In einem solchen Fall fehle der Kasse aber, wie Barth erläuterte, ein Teil des Kapitals, um die nötigen Zinsen zu erwirtschaften. Damit aber drohe eine «Sanierungs-Endlosschleife». Derzeit verfügt die Pensionskasse des Kantons über einen Deckungsgrad von knapp 71 Prozent.

Aufgrund der Situation auf dem Finanzmarkt begrüsst Gaston Barth weiter auch den Vorschlag der Regierung, den Zinssatz, mit dem die Altersguthaben vermehrt werden sol-

len, von heute 4 Prozent auf 3,5 Prozent zu senken. Diese Reduktion erfordert zwar eine weitere Aufstockung des Kapitals – dafür aber sinke das Risiko, die nötigen Erträge nicht erzielen zu können.

Gar nicht einverstanden sind Gaston Barth sowie VSEG-Geschäftsführer Ulrich Bucher aber damit, dass sich die Gemeinden mit 377,6 Millionen Franken an den Sanierungskosten beteiligen sollen. Insgesamt beträgt die Deckungslücke bei der angepeilten Vollkapitalisierung der Pensionskasse 1,1 Milliarden Franken. Der Anteil, den die Regierung den Gemeinden zugedacht hat, erklärt sich mit ihrer Funktion als Arbeitgeber für die Volksschullehrkräfte. Sauer stösst Gemeindevertretern auf, dass der Anteil der Gemeinden aufgrund der vollen Lohnsumme der Lehrer berechnet worden ist.

Der VSEG habe, so Ulrich Bucher, immer betont, dass er vom Kanton eine Teilübernahme des Anteils der

Schulträger an der Deckungslücke erwarte. Dies vor allem deshalb, weil der Kanton die Verantwortung für die heutige Situation der kantonalen Pensionskasse übernehmen müsse. «Die Gemeinden haben bei den Entscheidungen der Pensionskasse lediglich eine untergeordnete Rolle gespielt.» Namentlich die vom Kanton festgelegte Anlagepolitik «ist und war eine massgebende Grösse für die Resultate der Pensionskasse». Neben der Frage der Verantwortlichkeit argumentiert der VSEG-Geschäftsführer auch damit, dass der Anteil der Gemeinden auf einer Schätzung beruhe. «Der Anteil der Lohnsumme der Volksschullehrer am Total der Lohnsumme sämtlicher Staatsangestellten hat sich in den letzten Jahrzehnten laufend verändert.»

In seiner Vernehmlassungsvorlage lasse die Regierung solche Bedenken unberücksichtigt und unterbreite stattdessen «die für die Gemeinden unvorteilhafteste Lösung». Zudem biete das Finanzdepartement auch

nicht Hand für eine gemeinsame Darlehensaufnahme, ärgert sich Ulrich Bucher. «Wir wollten gemeinsam mit dem Kanton ein Darlehen aufnehmen, um so die Zinsgunst der Stunde optimal zu nutzen.»

Finanzierungsmodell «St. Gallen»

Der VSEG unterstütze die Stossrichtung der Sanierung, referierte Ulrich Bucher den Beschluss des Vorstandes. «Wir verlangen aber einen Finanzierungsschlüssel nach dem St. Galler Modell.» Im Klartext: Der Kanton soll die Deckungslücke von 1,1 Milliarden Franken aus eigenen Mitteln – ohne Beteiligung der Gemeinde – finanzieren. Im Kanton St. Gallen habe sich die Regierung bereits zu diesem Vorgehen entschlossen. Einen grossen Vorteil sieht Bucher darin, dass die Administration einfacher werde. «Ob auf Kantons- oder Gemeindeebene, es trifft sowieso immer die gleichen Steuerzahler.» Vor allem aber behelbe der Verursacher, nämlich der

Kanton, so den Schaden selbst.

Das St. Galler Modell sei zudem eine konsequente Fortführung des bisherigen Verteilungsschlüssels, meinte Bucher leicht süffisant. Bei den Goldreserven, den Nationalbankgewinnen und dem Geld aus dem nationalen Finanzausgleich erhebe der Kanton schliesslich Anspruch auf die ganze Summe – ohne die Gemeinden am Geldsegen teilhaben zu lassen.

Sowohl Gaston Barth als auch Ulrich Bucher betonten, dass es keine rechtliche Grundlage dafür gebe, dass die Gemeinden anteilmässig in die Finanzierung der Deckungslücke einbezogen werden können. Der entsprechende Paragraph in den Statuten der Pensionskasse beziehe sich lediglich auf «fällige Verpflichtungen» im Rahmen der Staatsgarantie. Diese können, wie es dort heisst, «anteilmässig» auf die verschiedenen staatlichen Arbeitgeber aufgeteilt werden. Es sei aber nicht statthaft, diesen Paragraphen auch für eine Vollkapitalisierung der Pensionskasse heranzuziehen, wodurch eine Staatsgarantie ja dann hinfällig werde.

Für den 21. Januar 2013 kündete Ulrich Bucher eine ausserordentliche Generalversammlung des VSEG an. Dort soll über die Beschlüsse des Vorstandes abgestimmt werden. Für den Fall, dass sich Regierung und Kantonsrat dem Vorschlag des VSEG verweigern, stellt Ulrich Bucher bereits jetzt das Referendum gegen die Vorlage in Aussicht.

Die rund 120 anwesenden Mitglieder des VGS quittierten die Ausführungen der beiden Gemeindevertreter mit Applaus. Entsprechende Beschlüsse sollen gemäss Verbandspräsident Andreas Gervasoni in den nächsten Wochen folgen.

FINANZAUSGLEICH: ANDREAS GERVASONI SPART NICHT MIT KRITIK

Neben der kantonalen Pensionskasse widmete sich die Jahresversammlung der Solothurner Gemeindebeamten (VGS) mit dem innerkantonalen Finanzausgleich einem weiteren Grossprojekt. Im Unterschied zu seinem Schwesterverband, dem VSEG, steht der VGS dem Bericht der Gesamtprojektleitung äusserst kritisch gegenüber. In seinem Jahresbericht stellt Präsident Andreas Gervasoni fest: «Das vorge-

schlagene Modell ist ohne erhebliche und grundlegende Nachbesserungen nicht geeignet, die Ablösung des aktuellen Finanzausgleichs herbeizuführen.» Das Modell wirke, so Gervasoni, nur bei stetigem Steuerzuwachs. Weiter werde bei den Kosten im Sozialbereich die heutige Pro-Kopf-Ablastung zementiert. «Damit sind die finanzschwachen Gemeinden von den Kostensteigerungen im Sozialbereich wei-

terhin sehr viel stärker betroffen als finanzstarke Gemeinden.» Und schliesslich führe das neue Schülerpauschalmodell zu massiven Belastungsunterschieden zwischen den Gemeinden. VSEG-Präsident Kuno Tschumi zeigte sich gestern überrascht von der Deutlichkeit der Kritik. «Es wäre fatal, wenn der Finanzausgleich scheitern würde», unterstrich Tschumi. Damit würden die zusätzlichen 15 Mio. Fran-

ken, die der Kanton bereits jetzt, befristet, in den Finanzausgleich einschiesst, wegfallen. Die Problematik rund um die steigenden Sozialkosten werde in einem zweiten Schritt, unabhängig vom Finanzausgleich, angegangen, versicherte Tschumi. Und was das Schülerpauschalmodell betrifft: «Hier haben wir die Kritik des VGS aufgenommen und werden uns für ein differenziertes Modell starkmachen. (ESF)

Der Sonntag OT

Lesen Sie morgen in «Der Sonntag»

> Wo und wie werden bei uns Tote aus andern Kulturkreisen (Religionen) bestattet?



- > Baustelle in der Oltner Innenstadt beschert Geschäften happige Umsatzeinbrüche.
- > Starrkirch-Wil vergibt rund 100 Personen auf einmal das Bürgerrecht.
- > Spitalseelsorger Nikola Kostadinov (Olten) geht in Pension – und liebäugelt wieder mit der Politik.

Meine Meinung

Abschied ...



VON PETER V. KUNZ

LIEBE OT-LESE- RINNEN UND OT- LESER

Seit einiger Zeit finde ich mich zusammen mit meiner Frau Eveline nun schon in den USA. Aus diesem

Grund habe ich mich trotz Internet-Kontakt zur Heimatfront nicht mehr in Interviews zu «Steuerstreitigkeiten» etc. geäussert (trotz Anfragen aus der fernen Schweiz). Und dies wird noch eine ganze Weile so bleiben. Ich verbringe mein so genanntes «Freisemester» von der Universität Bern in den USA, und zwar startend vor einigen Wochen in Washington D.C.

ICH WILL KEINE Reiseberichterstattung machen, die ausschliesslich meinen Eltern, Marie und Victor, in Dulliken vorbehalten bleibt. Beschäftigt haben mich bis anhin – wie vermutlich viele von Ihnen – die Wiederwahl von Präsident Obama und der angebliche «Sexskandal» von General Petraeus. Am «spannendsten» war aber sicherlich der Wirbelsturm «Sandy», der auch in Washington D.C. das öffentliche Leben und insbesondere die Metro

zum totalen Erliegen brachte. Es war echt gespenstisch ...

SCHLIESSLICH IST ES Zeit für mich, Abschied zu nehmen. Als ehemaliger «Niederämter» war und ist es eine Freude für mich, im OT – notabene dem Stammbblatt meiner Eltern – diese kleine, teils persönlich gefärbte Kolumne zu schreiben. Seit Anfang 2010 habe ich gegen zehn Kolumnen für das OT verfasst und damit sozusagen meine «Wurzeln» bewahren dürfen. Doch auch sonst blieb und bleibe ich «unsere» Region (und insbesondere Dulliken) emotional erhalten. Meine Eltern orientieren mich ohnehin immer darüber, was «so läuft» in der Region.

DA DIES meine letzte OT-Kolumne darstellt, möchte ich mich von Ihnen, liebe OT-Leserinnen und OT-Leser, herzlich verabschieden. Ich habe regelmässig Reaktionen von Ihrer Seite auf diese Kolumne erhalten, was mich immer gefreut hat. Ich wünsche Ihnen weiterhin nur das Beste, und: SEE YOU ...!

Prof. Dr. Peter V. Kunz ist Rechtsanwalt und Ordinarius für Wirtschaftsrecht sowie für Rechtsvergleichung an der Universität Bern.

Nachrichten

BDP Ein spätes Ja zum Tierseuchengesetz

Die BDP Kanton Solothurn befürwortet die Änderung des Tierseuchengesetzes, zu dem morgen Sonntag der Volkentscheid bekannt wird. Das geltende Gesetz aus dem Jahr 1966 sei nicht mehr aktuell, schreibt die BDP in ihrer gestern Freitag veröffentlichten Medienmitteilung. Globalisierung und Reisefreudigkeit brächten immer neue Krankheiten ins Land. Die Vorlage stelle die Prävention in den Vordergrund, verbessere die Tiergesundheit und führe zu vermindertem Einsatz von Antibiotika und anderen Medikamenten. Das geänderte Gesetz sehe keinerlei Zwangsimpfungen vor, wie das die Initianten des Referendums fälschlicherweise behaupteten. Die BDP Kanton Solothurn empfiehlt daher ein Ja zum neuen Tierseuchengesetz. (MGT)

Olten Spitalpfarrer Kostadinovs Abschied

Morgen Sonntag, 25. November, 10 Uhr, findet im Mehrzweckraum des Kantonsspitals Olten der Abschiedsgottesdienst von Pfarrer Nikola Kostadinov statt. Nach 28 Jahren als Spitalseelsorger am Kantonsspital geht Nikola Kostadinov auf Ende November in Pension. (SKS)